Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2, M. Dukes, I., Schular-Strasse No. 8. — Amsterdam: A. de la Mar Am., N. Z. Voorburgwal 326. — Florenz: John F. Jones Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. England: John F. Jones Nachf. in London, 166 Fleet Street, Aug. Siegle in London, 30 Lime Street, E. C.

Nr. 18. [30. Jahrgang.] **Berlin, Montag den 12. Januar 1891, Abends.** [30. Jahrgang.] **Nr. 18.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 12. Januar.

Wenn morgen der Reichstag denjenigen Abschnitt seiner Session beginnt, welchem vorbehalten ist, die gewichtigeren Entscheidungen zu bringen, so findet er auf seiner Tagesordnung zuerst zwei von dem Abg. Auer und von dem Abg. Richter, Beide von ihren Parteigenossen unterstützt, gestellte Anträge vor.

Die beiden Anträge verfolgen ein gemeinsames Ziel, sie sollen der von demokratischer Seite mit allem Eifer betriebenen Agitation gegen die deutsche Zoll- und Wirthschaftspolitik ein parlamentarisches Relief geben. Zu diesem Zwecke will der Antrag Auer die gesammten landwirthschaftliche Erzeugnisse schützenden Zollsätze ohne Weiteres abgeschafft wissen, während der Antrag Richter unter dem Schein der Mäßigung die Getreidezölle „zunächst" nur auf die vor 1887 in Kraft gewesenen Sätze zu ermäßigen verlangt, im Weiteren jedoch eine allgemeine Revision des Zolltarifs in freihändlerischem Sinne und einiges Andere fordert.

Das agitatorische Geschrei über Lebensmittelvertheuerung wird in der freisinnigen, demokratischen, sozialdemokratischen und einem Bruchtheile der nationalliberalen Presse seit langer Zeit systematisch betrieben. Daß dabei die widersinnigsten Behauptungen aufgestellt, natürlich aber nicht bewiesen werden, ist oft genug gezeigt worden. Man trachtet eben danach, Unzufriedenheit zu erregen, und hat ja auch einige Erfolge mit diesem System bei den Reichstagswahlen im Februar v. J. erzielen können. Aber gerade die Vorgänge bei der letzten, in Bochum erfolgten Reichstagswahl ließen erkennen, wie selbst in einer Bevölkerung mit rein industriellen Interessen die agitatorische Verwerthung der Lebensmittelvertheuerung versagte. An dieser Wahl nahmen mit Ausnahme der konservativen alle Parteien insofern Antheil, als sie Kandidaten aufstellten und eine intensive Agitation entfalteten. Letztere wurde bei der Hauptwahl von freisinniger und sozialdemokratischer Seite direkt unter der Parole: „Gegen die Lebensmittelzölle!" betrieben, aber eben diese Parteien fielen, obwohl die überwiegend große Mehrheit der dortigen Wähler den Industriearbeitern angehört, schon im ersten Wahlgange aus. Man wollte dann die Frage der angeblichen Lebensmittelvertheuerung zum Angelpunkte der Stichwahl machen, aber auch dieses Schlag fehl, sowohl der nationalliberale, wie der ultramontane Kandidat bekannten sich als prinzipielle Schutzzöllner, so daß diese, nach der demokratischen Presse alle anderen überrschende und überragende Frage dort latent blieb und die Stichwahlentscheidung nach ganz anderen meist lokalen Gesichtspunkten erfolgte.

Wenn selbst in Bochum für die Frage der agrarischen Zölle deren agitatorische Kraft vollkommen versagte, so wird erlaubt sein, daraus zu folgern, daß überhaupt in den breiten Schichten der Wähler jener Frage bei Weitem nicht die Bedeutung beigemessen wird, wie man annehmen sollte, daß es der Fall wäre, wenn man die täglichen Haranguirungen der Massen seitens der Freisinns- und Sozialdemokratenpresse liest.

Im Reichstage wird man nun nicht verfehlen, von Seiten der Antragsteller jener Agitation neuen Stoff zuzuführen; schämen sich doch hiesige Organe jener Richtung nicht einmal mehr, die Person Sr. Majestät des Kaisers selbst mit allerlei unklaren Hindeutungen in jene Agitation zu verwickeln. Diesem, nur auf Aufstachelung der Leidenschaften gerichteten Gebahren gegenüber ist es erfreulich, wenn der Reichstag zunächst dieser Angelegenheit sich widmet, indem anzunehmen ist, daß damit eine Klärung der Lage in sofern sich ergeben wird, als endlich von berufener Seite Stellung zu jenen Agitationen genommen wird.

Verschiedenen auswärtigen Blättern wurde in Sachen der **Landgemeindeordnung** von hier berichtet, in parlamentarischen Kreisen verstärke sich die Erwartung, daß auf Grund der Zuschrerung, das Gesammtministerium und nicht ein einzelner Minister solle die Instanz abgeben für die Erklärung der Nothwendigkeit des Zusammenlegens mehrerer Gemeinden bezw. Gutsbezirke, eine Verständigung erfolgen werde. Auch uns wurde Derartiges als eine der Grundlagen, auf denen eine Vereinbarung über die hinsichtlich der Landgemeindeordnung hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten zu erfolgen hätte, bezeichnet, und mit Rücksicht darauf haben wir bereits aus Anlaß der Wiederaufnahme der Landtagsarbeiten daran erinnert, wie es kaum gerechtfertigt erscheine, die ernsten Besorgnisse allyseits in den Vordergrund die Möglichkeit einer glatten Abwickelung der Dinge in den Hintergrund zu schieben.

Zu den **Vertragsverhandlungen in Wien** äußert das Wiener „Fremdenbl." in seiner Nummer vom Sonnabend Folgendes:

„Als wir vor einigen Wochen bereits darauf hinwiesen, daß die Vertragsverhandlungen mit Deutschland nicht nur die handelspolitischen, sondern auch die verkehrspolitischen Verhältnisse beider Reiche zu regeln berufen sein werden, begegneten unsere Auseinandersetzungen verschiedenen Zweifeln, werden aber heute in allen Emanationen als unbestreitbares Axiom hingestellt. Wir können nunmehr darauf verweisen, daß noch vor Beginn der Verhandlungen mit Deutschland der niederösterreichische Gewerbeverein dem Handelsministerium ein Promemoria überreichte, in welchem auseinandergesetzt wurde, daß einer Regelung unserer zollpolitischen Verhältnisse zu Deutschland die Beseitigung verkehrspolitischer Differenzen mit Ungarn vorausgehen müsse und die Handelspolitik Deutschlands nicht durch die Tarifpolitik dieses Staates paralysirt werden dürfe. Wir verweisen in unseren damaligen Auseinandersetzungen auf die durch den Vertrag mit Deutschland vom Jahre 1878 stipulirten Maßnahmen, wonach die Güter beider Staaten zu gleichen Tarifen behandelt werden müßten, wir wiesen nach, daß dies seit 1880 nicht geschehe, und daß erst 1887 die ungarische Verkehrspolitik sich von gleichen Grundsätzen leiten lasse und, wie dies bei der Berfrachtung von Zucker und Mehl der Fall ist, österreichische Provenienzen in Anstehung der Bahntarife ungünstiger behandle als ungarische. Heute begegnen wir nun der Mittheilung, daß diese Gravamina der österreichischen Handels- und Industriekreise eine Unterstützung an Deutschland gefunden haben, welches ebenfalls durch die ungarische Verkehrspolitik sich geschädigt fühle und Remedur verlange. Wir wollen diese Angelegenheit als eine unserer Beurtheilung ferner liegende zunächst nicht näher unterfuchen, wir wollen hier nur auf die Fülle des vorliegenden Materials zwei Fakten registriren, die da beweisen mögen, in welcher Weise Deutschland den Bestimmungen des Vertrages vom Jahre 1878 entgegenhandelte. Für Schienenfahrzeugrückstände, ein Material, welches in Folge der neueren technischen Fortschritte zur Eisengewinnung sich eignet, wurde der Satz von 11 ℳ 40 ₰, welcher für die gleich lange Route Stettin-Oderberg und Stettin-Königshütte in gleicher Höhe bestand, für die erstere Route auf 15 ℳ 40 ₰ erhöht. Ein bis an die höchste Instanz geleiteter Rekurs fand kein Gehör und wurde mit dem Bemerken abgewiesen, daß diese Tarifbildung im Interesse der heimischen Industrie erfolgte. — Noch flagranter ist der zweite Fall. Die Konjunktur des Vorjahres mit der gleichzeitig durch eine Dampfkessel-Explosion erfolgten Aufgabeterriebsegung drieb oberschlesischer Hochöfen ermöglichte den Export unseres Robeisens nach Oberschlesien. Derselbe wurde dadurch unmöglich gemacht, daß die Fracht für die Route Königshütte-Oderberg um 70 ₰ niedriger bemessen wurde, als der für die gleiche Route Oderberg-Königshütte. Eine Remedur dieses Unikums, daß für denselben Artikel, für dieselbe Entfernung ein höherer Frachtsatz eingehoben wird, wenn die Waare in das Ausland geht, als wenn sie aus dem Auslande kommt, fand erst statt, als die Konjunktur die Möglichkeit der Benutzung des billigen Tarifes ausschloß."

Die Wiener „Presse" bemerkt zu dem bereits besprochenen Artikel der „Post" zunächst, daß dieses Blatt zwar nicht offiziös sei, doch notorische Beziehungen zu den offiziellen Kreisen unterhalte. Die „Presse" nimmt mit Genugthuung davon Akt, daß durch die Ausführungen der „Post" die Behauptung des bekannten Poschinger'schen Buches, dessen Autor vom Fürsten Bismarck inspirirt wurde, daß Oesterreich-Ungarn im Jahre 1881 den Tarifvertrag mit Deutschland nicht gewollt habe, nunmehr auch von deutscher Seite widerlegt wird. Auch vereinigt sich das Wiener Blatt mit der „Post" in der zuversichtlichen Erwartung auf das Gelingen der angestrebten Verständigung.

Die heutige (16.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde um 1½ Uhr vom Präsidenten v. Köller mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet. Nachdem zunächst der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betr. die Konsolidation preußischer Staatsanleihen, durch einmalige Schlußberathung erledigt war, brachte der Finanzminister Dr. Miquel neben anderen finanziellen Vorlagen den Etat für 1891/92 ein. Derselbe schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 720 834 749 ℳ, davon sind ordentliche Ausgaben 1 670 452 117 ℳ, einmalige 50 382 632 ℳ; der Herr Finanzminister betont, daß dieser Etat aufgestellt sei ohne Zuhülfenahme einer Anleihe, ebenso ohne einen Ueberschuß aus früheren Jahren, und daß bei Aufstellung des Etats mancherlei Bedürfnisse hätten unberücksichtigt bleiben müssen. Außerdem hebt er besonders hervor, daß gegenwärtig die Gestaltung des Etats sehr erheblich von den Ergebnissen der Betriebsverwaltungen abhängig sei. Demnächst ergänzte der Finanzminister seine bereits früher gemachten Mittheilungen über die Ergebnisse des Etats für 1889/90 und ging dann auf den voraussichtlichen Abschluß des Etatsjahres 1890/91 ein. Was den vorgelegten neuen Etat betrifft, so bedauert der Minister, daß es nicht thunlich gewesen, noch größere Summen zur Erhöhung der Beamtengehälter einzustellen; er bemerkt indeß zugleich, daß sich das System der Zulagen nach Dienstalter empfehlen werde. Auch würde es gerechtfertigt sein, die Zahl der diätarisch angestellten Beamten gewisser Kategorien zu vermindern und diejenige der festangestellten zu vermehren. Das könne allerdings nur allmälig geschehen, würde andererseits aber zugleich ermöglichen, das Unterpersonal, das jetzt zum Theil zu ermäßigen. Das Bestreben der Verwaltung müsse dahin gehen, die Zufriedenheit ihrer Beamten zu sichern. Von Neuorganisationen komme im vorgelegten Etat hauptsächlich diejenige der Gewerbe-Inspektoren in Betracht; indeß werde auch dieser Plan nur allmälig ausgeführt werden können. Demnächst begründete der Minister die Voranschläge für die Spezialetats der Domainen, Forsten, der direkten und indirekten Steuern, der Bergverwaltung und der Eisenbahnen. Bei Letzterem betonte er besonders, daß schon im Etat selbst in erheblicher Weise für die Bermehrung der Betriebsmittel gesorgt werde. Außerdem werde dem Hause aber auch die übliche Eisenbahnvorlage gemacht werden, in welcher in dieser Beziehung Weiteres gefordert wird. Dem Bedürfnisse, dem zeitweiligen Mangel an Betriebsmitteln abzuhelfen, sei in dem vorliegenden Etat im Uebrigen dadurch Rechnung getragen, daß der Eisenbahnminister ermächtigt werde, aus den voraussichtlichen Mehreinnahmen des laufenden Jahres bis zu 20 Millionen zu diesem Zwecke zu verwenden. Der Minister beleuchtete dann die Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung, des Finanzministeriums, der Bauverwaltung, für Handel und Gewerbe, wobei namentlich die zukünftige Organisation und amtliche Stellung der Generalräthe nebst anderen Neuerungen dargelegt wurde, und ging zu den Mehrforderungen für den Etat der Justizverwaltung und des Ministeriums des Innern über. Im Etatsvorbinarium des landwirthschaftlichen Ministeriums ist eine Summe zur Vordeugung von Hochfluthen ausgeworfen. In den Etat des Kultusministeriums ist ein Betrag zur Errichtung eines Gebäudes für Infektionskrankheiten aufgenommen. Uebrigens konnte der Minister mittheilen, daß die Beschaffenheit und Zusammensetzung des Koch'schen Heilmittels wohl demächst zur Veröffentlichung gelangen werde. — Im Großen und Ganzen werde man das Urtheil bestätigt finden, daß auch dieser Etat ein Bild von der guten Finanzlage des Staates biete. Wenn wir bestrebt bleiben, an den Grundpfeilern des Staates festzuhalten und sie zu vertheidigen gegen die Bestrebungen Derer, die beständig von dem Staate fordern, ohne zu Gegenleistungen bereit zu sein, so werde diese Gesammtlage auch fortan eine günstige bleiben. (Bravo.) — Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Montag 19. Januar, Vormittags 11 Uhr (erste Lesung des Etats).

Der Pariser **„Temps"** meint in unserem Rückblick auf „Das deutsche Heer im Jahre 1890" (Nr. 5 der „Nordd. Allg. Ztg." vom 4. Januar 1891) ein Argument der Anwalt gegen die Thatsache verwerthen zu können, daß Frankreichs rastlose Rüstungen alle übrigen Mächte zu fortgesetzten Anstrengungen auf diesem Gebiete nöthigen. Ohne die Quelle seiner Angaben besonders zu nennen, giebt der „Temps" aus dem „in dieser Materie besonders kompetenten Berliner Blatte" ein punktweises Resumé der Ausführungen unseres erwähnten Aufsatzes, und schließt seine Ausführung mit folgenden Worten:

„Man wird bekennen, daß eine Großmacht im tiefen Frieden selten so viele und so kostspielige Maßregelungen gemacht hat, um die Ueberlegenheit seiner Militärmacht zu wahren oder vielmehr weiter zu entwickeln."

Es könnte dem „Temps" gewiß nicht schwer fallen, unserem Rückblick auf das deutsche Heer im Jahre 1890 ein Analogon auf Frankreich zur Seite zu stellen, und es wird seiner Bescheidenheit dann gewiß recht schwer werden, der Opferwilligkeit der eigenen Nation für Heer und Rüstung nicht in viel voltönenderen und in diesem Falle auch voll berechtigten Worten sein Kompliment zu machen.

Rundschau im Auslande.

Für einen Theil der **französischen** Presse ist es Geschäftsprinzip, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, wo so ein bischen Hetze gegen die Deutschen getrieben werden könnte. So haben denn auch die scharfsichtigen Patrioten der „France" und des „Paris" bei der Leichenfeier des Herzogs Nikolaus von Leuchtenberg einen „Zwischenfall" entdeckt, der ihnen sehr bemerkenswerth erscheint oder vielmehr ihrem Publikum bemerkenswerth erscheinen sollte. Prinz Wilhelm von Baden, dessen Gemahlin bekanntlich eine Schwester des verstorbenen Herzogs Nikolaus ist, habe, so wird erzählt, in dem Leichenzuge den ihm vorbehaltenen Platz nicht eingenommen, mit Rücksicht darauf, daß er preußische Generalsuniform getragen und deshalb feindselige Kundgebungen der Bevölkerung befürchtet habe. Der Prinz sei im verschlossenen Wagen gefolgt. Leider war derselbe schon am Freitag Abend von Paris abgereist, hat also an der Leichenfeier gar nicht theilgenommen. Herzog Eugen von Leuchtenberg hat gestern Abend die Rückreise nach St. Petersburg angetreten.

Der „Gaulois" versichert auf Grund autorisirter Mittheilungen, der Herzog von Orleans habe seit seiner Haft in Clairvaux weder selbst noch durch Andere ein Ansuchen gestellt, in die russische Armee eintreten zu dürfen.

Die Nachricht, daß Padlewski in Spanien in der Nähe der französischen Grenze verhaftet worden sei, ruft in der Pariser Presse bezüglich der Identität des Verhafteten die lebhaftesten Zweifel hervor. Die neueste auf die Angelegenheit bezügliche Depesche lautet:

Madrid, 11. Januar, Abends. Ein hier eingegangener telegraphischer Bericht des Präfekten von Gerona besagt, die in Olot verhaftete Persönlichkeit sei einem mit der Ueberwachung der Grenze beauftragten Kapitän der Zollwächter verdächtig erschienen. Letzterer habe dieselbe deshalb aufgefordert, zu ihm zu kommen und ihren Paß vorzulegen; dieser Aufforderung habe der Unbekannte auch entsprochen. Als der Zollwächter Visitation denselben aber, um inzwischen Gendarmen herbeizuholen, in sein Zimmer eingeschlossen, habe derselbe das Fenster zertrümmert und zu entfliehen gesucht. Bei der Verhaftung durch die herbeigeeilten Gendarmen habe der Unbekannte, in diesem Besitz zahlreiche zerrissene Gegenstände, und aus Papier bestehende Wegweiser sich befunden, ein Stück Papier verschluckt. Bei der Vernehmung habe derselbe vielfach widersprechende und auf eine gewisse geistige Gestörtheit hindeutende Angaben gemacht. Es lasse sich bis jetzt weder bestätigen, noch bestreiten, daß der Verhaftete Padlewski sei.

In späteren hier eingegangenen Meldungen heißt es, der Verhaftete habe selbst erzählt, daß er nach der Ermordung Seliverstow's nach Spanien gestohen und daß er am 5. Dezember auf spanischem Boden angelangt sei.

Der „Siècle" erklärt die Meldung italienischer Blätter, daß Frankreich eine geheime Mission zum Sultan von **Marocco** entsandt habe, um die Rektifikation der algerischen Grenze bis Mulazzo zu erlangen, für unbegründet. Die Nachricht verfolge lediglich den Zweck, zwischen Frankreich und Spanien Unfrieden zu stiften.

Die irischen Parteiführer, die mit O'Brien in Boulogne zur Mer eine Besprechung gepflogen, sind gestern wieder in die Heimath zurückgekehrt. Was sie ausgerichtet, weiß man noch nicht. Aber Gladstone hat in einem Schreiben, welches die Wahl des liberalen Kandidaten in Hartlepool empfiehlt, die Erklärung abgegeben, seine Partei wünsche lebhaft die Regelung der irischen Frage, um dann Wahlreformen in Großbritannien einführen zu können. Also wird der grand old man Homeruler bleiben quand même!

Die gestrigen Wahlen für den Verfassungsrath des Kantons **Tessin** sind, soweit Nachrichten bis jetzt vorliegen, vollständig ruhig verlaufen. Die Ultramontanen haben gestimmt, während die Liberalen sich der Wahl enthalten haben. Das Resultat wird voraussichtlich erst in einigen Tagen bekannt gemacht werden.

„Eiercito Italiano" meldet, eine aus sämmtlichen Generalen der **italienischen** Armee zusammengesetzte Kommission habe sich für Verlängerung der Militärdienstpflicht bis mindestens zum 42. Lebensjahre, ferner für die Beibehaltung der gegenwärtigen Dauer der Dienstleistung im aktiven Heere, sowie Aufrechterhaltung des jetzigen Rekrutirungssystems im Gegensatz zum territorialen ausgesprochen.

Die Nachricht, daß die **serbische** Regentschaft den Eltern des Königs Vorschläge für ein Arrangement unerbreitet hätte, welche von diesen im Prinzip angenommen worden seien, wird als vollständig unbegründet bezeichnet.

Die „Neue Freie Presse" erinnert anläßlich des Falles Lutzki, daß ein ähnlicher Fall sich im Oktober v. J. an der **rumänisch-russischen Grenze** ereignete, wobei noch eine Verletzung der rumänischen Grenze durch russische Soldaten stattfand. Die rumänische Regierung habe jedoch den guten Willen gezeigt, die Schuldigen zu verfolgen, was man von der Pforte nicht sagen könne, denn man habe bisher nicht gehört, daß die türkische Regierung den Palastbeamten Kurd Achmed Pascha und die türkischen Polizeorgane, welche den russischen Geheimpolizisten bei der Entführung Lutzki's geholfen haben, zur Verantwortung gezogen hätte. Die beiden Fälle Simowski und Lutzki, die ganz analogen Verlauf hatten, beweisen aber, daß die russische Polizei die Verhaftung und Entführung von ihr verdächtigen und mißliebigen Persönlichkeiten auf fremden Territorien systematisch betreibt, und daß daher insbesondere alle an Rußland grenzenden Staaten auf ihrer Hut sein müssen, daß nicht auch ihre Grenzgebiete zum Schauplatze der Uebergriffe russischer Polizeibeamten werden.

Einem Telegramm aus **Athen** zufolge hat die **Pforte** dem griechischen Patriarchen mitgetheilt, daß die noch obschwebenden Differenzpunkte zwischen der Regierung des Sultans und dem Patriarchen durch eine gemischte Kommission erledigt werden sollen.

Nach Telegrammen aus **Rushville** dürfte es in dem Gebiete des **Indianeraufstandes** in allernächster Zeit zu einem entscheidenden Kampfe kommen. Die Frauen und Familien der Offiziere von Winerdge sind nach dem Osten in Sicherheit gebracht worden.

Zwischen Frankreich und England herrscht ein Einverständniß, betreffend die Grundlage der Verhandlungen über die Fischereirechte in **Neufundland.** Diese Grundlage bilden die bestehenden Verträge, deren Wortlaut Jahrhunderte hindurch zur Anwendung gelangte, und bei denen man auf die Künste der Interpretation keine Rücksicht zu nehmen braucht. Nichtsdestoweniger ist Frankreich im Prinzipe geneigt, einer Begrenzung seiner Rechte zuzustimmen, wenn ihm eine entsprechende Entschädigung hierfür angeboten wird. Da der ganze Streitpunkt einen sehr heiklen Charakter besitzt, ist es nur natürlich, daß eine gewisse Zeit erforderlich ist, um eine befriedigende Lösung zu finden. Aus diesem Grunde ist das modus vivendi, der bis auf Weiteres den gegenwärtigen Zustand aufrecht erhält, erneuert worden.

Parteibewegung.

— Die Verbreitung der **sozialdemokratischen Presse** scheint beim Quartalswechsel einen Rückgang erfahren zu haben, gans im Widerspruche mit den Renommisteeren der Redaktionen dieser Presse. Zeugniß dafür legt, wie die „Freis. Ztg." hervorhebt, eine sozialdemokratische Volksversammlung ab, welche am Mittwoch hier unter dem Vorsitz des Buchdruckers W. Werner taate. Aus einem Bericht des „Vorwärts" über diese Versammlung ist zu entnehmen, daß die Abonnentenzahl der „Berliner Volkstribüne" bedenklich abgenommen hat, so daß es traglich geworden ist, ob dieselbe fernerhin noch fortbestehen kann. Der Bericht ergiebt, daß in Versammlung nur im Interesse der Fortexistenz der „Berliner Volkstribüne" berufen worden ist. Es wurde beschlossen, ein besonderes Komité aus Mitgliedern aller Berliner Wahlkreise zur Unterstützung und Leitung der „Berliner Volkstribüne" niederzusetzen. In der Diskussion wurde das Parteiorgan, der „Vorwärts", unter der Redaktion des Herrn Liebknecht, wiederholt scharf kritisirt. Das Blatt sei insbesondere nicht im Stande, die Wünsche der Berliner Parteigenossen vollständig zu vertreten. Ein Unterredakteur des Herrn Liebknecht, Herr Bock, wurde im Parteinteresse, Alles gleich an die große Glocke zu hängen. Es wurde von der Versammlung übrigens auch die Verpflichtung ausgesprochen, der „Vorwärts" habe in seinem redaktionellen und Inseratentheil Empfehlungen der „Berliner Volkstribüne" und der „Berliner Arbeiterbibliothek" unentgeltlich aufzunehmen. „Der Liebknecht ist", so fährt das Blatt fort, „in dem „Vorwärts" über diese „Volksversammlung" sehr ungehalten und giebt „den Parteigenossen wiederholt zu bedenken, ob derartige Angriffe gegen das Zentralorgan sich mit dem Parteiinteresse vereinbaren lassen." Seine Berliner Versammlung sei befugt, dem Zentralorgan der Partei irgend eine Verpflichtung aufzuerlegen. „Wie geht es aber leicht in Versammlungen zu?" so schreibt Herr Liebknecht. „Das thatsächliche Material für die Entscheidung fehlt in der Mehrzahl der Fälle, die Kritik selber wird kritiklos, es wird mehr behauptet, als man zunächst behaupten wollte, und kleine Fehler oder auch nur vermeintliche Fehler werden aufgepufft zu großen Verbrechen." — So scharf wie hier hat bisher nicht einmal ein Gegner der Sozialdemokratie die Bedeutungslosigkeit sozialdemokratischer Volksversammlungen vernunftelt."

— Das Eintreten des Kaiser-Delegirten Schröder zu Gunsten des ultramontanen Kandidaten hat in sozialdemokratischen Kreisen sehr verschnupft, da, entsprechend der im „Vorwärts" ausgegebenen Parole, das sozialdemokratische Wahlkomité Wahlenthaltung proklamirt hatte. Die in Dortmund erscheinende „Freie Presse" schreibt: „Wir sprechen es offen aus, daß das Verhalten der Herren Schröder und Meier für uns unverständlich ist. Sie wußten wissen, daß in der sozialdemokratischen Partei Niemand gefordert wird und daß Niemanden ein Recht zusteht, über die Köpfe der maßgebenden Personen hinweg — und diese sind im gegebenen Falle die Mitglieder des Wahlkomités — auf eigene Faust den Kandidaten einer Partei zu empfehlen, die eher alles Andere, aber nicht unsere Unterstützung verdient. Strikte Wahlenthaltung, schreibt der „Vorwärts" und mit ihm sämmtliche Parteiblätter, muß unsere Parole sein. Keine sozialistische Stimme darf am 8. Januar im Bochumer Wahlkreise abgegeben werden. Diesen einzig richtigen Standpunkt sollen und müssen alle Parteigenossen einnehmen. Wer das nicht thut, darf sich nicht wundern, wenn sein Verhalten verurtheilt wird." — Auch die sozialdemokratische „Volksstimme" nennt das Verfahren Schröder's täppisch und unvorsichtig; das Ganze ist noch aber wieder nur ein Beleg dafür, wie wenig sich die Wähler selbst an die von oben her in Berlin fixirten Parteileitungen ausgegebenen Parolen zu kehren pflegen.

— Aus **Trier** erhält die „Frankf. Z." nachstehende, wohl auch von der Aufklärung bedürftige Mittheilung: „Eine eigenthümliche Doppelsinnigkeit der hiesigen Zentrumsführer, insbesondere des Landtagsabgeordneten Kaplan Dasbach, deckt heute der Führer der hiesigen Sozialdemokraten, Maurer Joseph Mergenier, in einem offenen Brief auf, den die „Trier. Ztg." veröffentlicht. Kaplan Dasbach scheint in irgend einer Weise an der Redaktion des Wahlaufrufs der hiesigen Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl betheiligt gewesen zu sein. Wenigstens beginnt der Brief des Herrn Mergenier: „Von Dasbach'scher Seite wundert man sich gewaltig über die Anfänge der Sozialdemokratie in Trier, und doch, möchte ich sagen, weiß Keiner so genau wie Dasbach und Konsorten, wie die ganze Sache sich entwickelt hat. Ich erinnere nur an den Wahlaufruf unserer, der Arbeiterpartei, der direkt aus dem Dasbach'schen Lager kam."

Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute.

Von unserem eigenen Berichterstatter.

* **Düsseldorf,** 11. Januar. Die heute zum Zwecke der Fortführung und Beendigung der technischen Berichterstattung über die amerikanische Reise hierselbst abgehaltene Hauptversammlung des „Vereins deutscher Eisenhüttenleute" wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrath Lueg-Oberhausen um 12 Uhr Mittags eröffnet. Der Bericht über die Nordbahn erstattete Generaldirektor Brauns-Dortmund, indem er ein umfassendes Bild der großartigen Naturschätze des nördlichen Gebietes der Vereinigten Staaten entwirft und die vorzüglichen Einrichtungen beschreibt, welche zu deren Gewinnung, Transport und Verarbeitung vorhanden sind. Wir entnehmen den interessanten Darlegungen, daß die vier Gruben der Chaying Co. in Iron Mountain jährlich 800 000 Tonnen Robeisensteln fördern und dabei noch alles dasjenige Erz in der Grube lassen, welches weniger als 60 pCt. Eisen enthält. Aus jenem Erzquantum würde ½ der gesammten deutschen Robeisenproduktion herzustellen sein. Nicht minder reichhaltig sind die Gruben des Gogebicreviers, welche 1890 nicht weniger als 900 000 Tonnen Erz gefördert haben. In diesem Revier findet man interessante Ansiedelungen der Bergleute in Blockhäusern, deren Erbauung sich die Grubenverwaltung angelegen sein läßt. Bedeutend ist auch das Kupfererz-Vorkommen im Houghtondezirk, wo auf 12 Werken etwa 50 000 Tonnen metallisches Kupfer jährlich gewonnen werden. Der Eisenerzbezirk von Marquette ist der bedeutendste; 2 677 130 Tonnen Eisenerz sind dort im Jahre 1889 gefördert worden. Großartig sind die Aus- und Einladevorrichtungen, vorzüglich die Kanäle, die der Staat auf eigene Kosten baut und der Industrie und dem Handel ohne irgend welche Abgaben zur Verfügung stellt. Der Redner vergleicht sodann amerikanische und deutsche Verhältnisse mit einander und kommt zu dem Ergebnisse, daß sich manches nicht nach Deutschland übertragen lasse, weil uns das reiche Erz- und Kohlenvorkommen, und vor Allem auch der Bedarf in dem Umfange fehlt, wie er in Amerika vorhanden ist. Demnach können wir Vieles in Amerika lernen. Die Verhältnisse der dort lebenden Arbeiter nicht durch lästige Schutzvorrichtungen an Maschinen u. dergl., die eigene Verantwortung und die angezogene Aufmerksamkeit des Arbeiters machen dieselben überflüssig. Vor Allem erhofft man unendlich viel menschliche Arbeitskraft durch sinnreiche Maschinen, welche in manchen Betrieben die Arbeiterzahl auf ein Minimum beschränken. Auch Deutschland wird mit der Zeit in dieser Richtung vorgehen müssen. Der Amerikaner ist dazu gezwungen worden durch die Höhe der Löhne, die zum Theil in dem völligen Fehlen von Kranken-, Unfall- und Invaliditätskassen ihr Grund haben. Der amerikanische Arbeiter ist bezüglich dieser Fürsorge durchaus auf sich selbst angewiesen. Der hochinteressante Vortrag wurde mit anhaltendem Beifall aufgenommen.

— „Die Erzeugung von Flußeisen und Stahl in den Vereinigten Staaten" behandelt darauf Herr Hüttingenieur R. M. Daelen-Düsseldorf in einem lichtvollen Vortrage. Die Thatsache, daß die Erzeugungsmengen von Flußeisen sich in den Vereinigten Staaten während der letzten 10 Jahre fast verdreifacht haben, indem sie auf rund 4½ Millionen Tonnen gestiegen sind, führt der Vortragende auf die Energie, Intelligenz und Kapitalkraft der Einwohner, sowie namentlich auf den Reichthum an Naturschätzen zurück, unter denen die reichen, phosphorfreien Erze, welche sich für den Bessemer-Prozeß eignen, die größte Rolle spielen. Mit zwei Konvertern zu je 10 Tonnen erzeugt man bei einer Blasezeit von nur 10—12 Minuten in 24 Stunden durchschnittlich 1200 Tonnen Stahl. Leider sind die dort gemachten Erfahrungen nicht auf deutsche Verhältnisse übertragbar; es fehlen uns nicht nur die obengenannten Erze, sondern auch die Massenaufträge, welche der amerikanischen Industrie in Schienen u. s. w. zu-